



Argumentationshilfe für die Forderungen der Amsel44-Aktivisten

15.08.2023 | Seit rund einer Woche haben die Aktivisten aus der Amsel 44 die Wolfsburger IG Metall mit verschiedenen Aktionen ins Visier genommen. *Unter anderem wurde das Gewerkschaftshaus besetzt, eine falsche Internetseite gelauncht sowie falsche Pressemitteilungen versandt.*

Was fordern die Aktivisten?

Im Wesentlichen haben die Aktivisten drei Forderungen aufgestellt.

1. TRANSFORMATION SELBST GESTALTEN

Weiterentwicklung der Gewerkschaftsarbeit – transparente Prozesse, aktive Beteiligung und basisdemokratische Betriebsgestaltung.

2. KONVERSION – Umbau der Produktion im Stammwerk auf eine breit aufgestellte Palette an Mobilitätsträgern aus wachsenden Branchen, wie Schienenfahrzeuge, innovativer Buskonzepte und neuer Kleinmobilität..

3. VERGESELLSCHAFTUNG

Schrittweise Rückführung des Konzerns unter demokratische Kontrolle.

Argumentationshilfen:

Zu ersten Forderung: Basisdemokratie ist Alltag in der IG Metall. Jedes Mitglied hat die Chance, sich über unsere Arbeitskreise oder als Delegierter aktiv in die Meinungsfindungsprozesse der Gewerkschaft einzubringen. Über die einzigartige Struktur der Wohnbezirke stehen in Wolfsburg sogar noch mehr Möglichkeiten zur Verfügung.

Auch Volkswagen ist mit seiner einzigartigen Mitbestimmungsstruktur und der Beteiligung des Landes was diesen Punkt angeht wesentlich besser aufgestellt, als die meisten anderen Unternehmen.

Zur zweiten Forderung: Die Forderung, die Produktion in Wolfsburg „mal eben“ auf komplett andere Industrie-träger umzustellen, zeugt von mangelndem Verständnis und wertet zudem die Lebensleistung der Beschäftigten ab. Es ist eben nicht so einfach, dass Volkswagen statt Autos ganz einfach ab morgen eben Straßenbahnen produzieren kann – zumal das ja auch niemand will, von den Aktivisten mal abgesehen. Und selbst, wenn man das mal theoretisch durchspielt: Die vielen Jahrzehnte an Erfahrung bei den Beschäftigten rund um Entwicklung, Produktion und Vertrieb der weltbesten Pkw wandeln sich eben nicht wie von Geisterhand in neue, wettbewerbsbeständige Kompetenzen auf einem komplett neuem Feld.

Zudem ist die Perspektive in diesem Feld keinesfalls so rosig, wie die Aktivisten behaupten. Der Personenverkehr mit Bussen und Bahnen ist 2022 trotz des 9-Euro-Tickets und des Nachholbedarfs nach den Pandemie-Jahren rückläufig gewesen. Insbesondere bei Omnibussen und Straßenbahnen ist der Einbruch gegenüber dem Niveau vor der Pandemie geradezu dramatisch.



Zur dritten Forderung: Hier beziehen sich die Aktivisten auf unsere IG-Metall-Satzung. Dort heißt es in Paragraph 2 Absatz 4: *“Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum”*.

Dass können wir nicht wegdiskutieren. Aber: Dieser Teil Satzung ist viele Jahrzehnte alt und stammt aus den Nachkriegsjahren. Muss eventuell also auch im historischen Kontext gesehen werden. Zudem knüpft die Satzung in diesem Punkt nur an etwas an, dass sich sogar im Grundgesetz wiederfindet. Dort heißt es in Artikel 14, dass privates Eigentum grundsätzlich gewährleistet bleibt. Doch auch die Ausnahme spricht der Gesetzestext konkret an: *„Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen.“*

Die Forderung nach einer Vergesellschaftung, so realitätsfern sie auch ist, kann also generell nur durch ein Gesetz erfolgen. Insofern ist hier die Politik und nicht die IG Metall der richtige Adressat.